

den neuen Inhalt ihrer Gesetze und Rechte.

Kein bürgerliches Recht sieht beispielsweise die umfassende Mitwirkung des werktätigen Volkes an der Leitung staatlicher und gesellschaftlicher Angelegenheiten vor. Jeder Schritt in dieser Richtung stößt auf erbitterten Widerstand, wie das erst kürzlich die Unternehmer und ihre Verbände vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit ihrer Klage gegen die Mitbestimmung bekundeten.

In der sozialistischen Verfassung verankert, ist dieses Recht bei uns selbstverständlicher sozialistischer Alltag. Es widerspiegelt sich im sozialistischen Wettbewerb, in der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“, in der Losung: „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ Mehr als 194 000 Bürger — in der Mehrzahl Arbeiter und Bauern — sind Abgeordnete in gewählten Machorganen des Staates, 360000 Werktätige arbeiten in Ständigen Kommissionen der Volksvertretungen, 335000 Bürger wirken in den Ausschüssen der Nationalen Front, über 50 000 sind als gewählte Schöffen und etwa 270000 in Konflikt- und Schiedskommissionen, an der Rechtsprechung beteiligt. 325 000 Bürger wirken in staatlichen oder gesellschaftlichen Kontrollorganen, fast 1,5 Millionen Menschen sind in solchen demokratischen-Gremien tätig wie in Elternvertretungen an den Schulen, in Beiräten des Handels, in Aktivs für Ver-

kehr' sSicherung, als freiwillige Helfer der VP oder auch der Volkssolidarität.

In den Bereichen der Volkswirtschaft, der Bildung oder **des Gesundheitswesens sind** nahezu alle Werktätigen in der einen oder anderen Form an der Leitung und Planung beteiligt, sie bestimmen in ihren Kollektiven mit beim Erfüllen ihrer gesellschaftlichen Aufträge, beim Ausüben von Funktionen der Partei- und Massenorganisationen. Als sozialistische Eigentümer nehmen sie ihre Verantwortung wahr zur Mehrung und zum Schutz des gesellschaftlichen Reichtums.

Und so sorgen sie im eigenen Interesse dafür, daß jeder Arbeit und soziale Sicherheit hat, daß jeder Schulabgänger eine Lehrstelle und jeder Lehrling seinen Arbeitsplatz bekommt, daß Jugendliche und Frauen gleichberechtigt sind, daß die Bildung ebenso wie die Kultur und Wissenschaften allen offen stehen, daß Medikamente, Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte kostenlos sind, die Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten, Brennstoffe und die Verkehrstarife konstant niedrig bleiben; kurzum, daß die bewährte Politik der Hauptaufgabe konsequent fortgesetzt wird, daß jeder Bürger sein Dasein lebenswert gestalten kann und eine sichere Perspektive hat. Zugleich wahren sie ihr verbrieftes Recht, sich vor Kriegspropaganda, Rassendiskriminierung und faschistischer Aktivität zu schützen.

Der Sozialismus weist weltweit Weg in die Zukunft

Vom Oktober 1917 datieren die ersten zehn Tage, die die unmenschliche Welt der Ausbeutung und der ständigen Kriegsgefahr zutiefst erschütterten. Unter Führung der Partei Lenins erkämpften sich die Arbeiter und Bauern des zaristischen Rußlands als erste Ab-

teilung der internationalen Arbeiterbewegung das grundlegende Menschenrecht, frei, ohne Ausbeuter und Unterdrücker zu leben.

Und so gebrauchten sie ihre eben erst errungene Macht, um im ureigensten Interesse ihrem Anspruch auf Leben Gesetzes-

kraft zu verleihen. Ihren ersten Dekreten über den Frieden und über den Grund und Boden fügten sie eine Deklaration über die Rechte der Werktätigen hinzu. Erstmals in der Geschichte der Menschheit waren das Gesetze, die nicht einer Minderheit von Ausbeutern, sondern der Mehrheit des Volkes dienten.

Dieses Beispiel wies und weist allen Völkern der Welt den Weg in eine menschenwürdige Zukunft. Im 30. Jahr des Bestehens unserer Republik können wir tief befriedigt feststellen: Von der Sowjetunion lernen, heißt für uns siegen lernen. Das Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen Bruderländern ist eine Garantie für die Wahrung der Menschenrechte im Sozialismus. Und in der Tat, „Werden und Wachsen unserer Republik sind auf diese Verankerung unseres Landes in der sozialistischen Gemeinschaft begründet. Deshalb auch bekräftigen wir, indem wir uns auf den 30. Jahrestag der DDR vorbereiten, unseren Dank an das Sowjetvolk! Nie vergessen wir die Unterstützung, die wir durch alle sozialistischen Bruderländer erfahren haben!

Die Geschichte der DDR beweist: Der Sozialismus im eigenen Land gedeiht um so besser, je enger die Freundschaft mit der Sowjetunion ist.“⁶

In dieser Tatsache liegt auch begründet, daß sich in einem Teil der Welt, zu dem fest und unerschütterlich unsere Deutsche Demokratische Republik gehört, der Traum der Ausgebeuteten von erfüllten Menschenrechten nach Geist und Buchstaben der „Internationale“ verwirklicht.

Theresé Heyer

- 1) Bericht an die 9. Tagung des ZK der SED, „ND“ vom 14. 12. 1978, S.3
- 2) Vgl. Marx/Engels: Werke, Bd. 20, S. 264
- 3) Programm der SED, Dietz Verlag Berlin 1976, S. 22
- 4) Marx/Engels: Werke, Bd. 3, S. 38
- 5) Bericht an die 9. Tagung des ZK der SED, a. a. O.
- 6) Aufruf zum 30. Jahrestag der DDR, „ND“ vom 18. 11. 1977